

Deutscher Bundestag

16. Wahlperiode

Drucksache 16/321

23. 12. 2005

Schriftliche Fragen

mit den in der Zeit vom 12. bis 23. Dezember 2005
eingegangenen Antworten der Bundesregierung

13. Abgeordnete Petra Pau (DIE LINKE.)

Seit wann hat die Bundesregierung Kenntnis über Gefangenentransporte angeblicher Terrorverdächtiger durch den CIA in Europa und der Bundesrepublik Deutschland, und hat die (alte und die neue) Bundesregierung Schritte (bitte genau auflisten nach Zeitpunkt und Art der Anstrengung) unternommen, um diesen Sachverhalt aufzuklären?

14. Abgeordnete Petra Pau (DIE LINKE.)

Falls die Bundesregierung Anstrengungen unternommen hat, diesen seit langen bekannten Hinweisen nachzugehen, welches waren die Ergebnisse dieser Anstrengungen (bitte genau auflisten), und falls die Bundesregierung derartige Aktivitäten zur Aufklärung des Sachverhalts nicht unternommen hat, was waren die Gründe hierfür?

Antwort des Staatsministers Gernot Erlar vom 15. Dezember 2005

Der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Frank-Walter Steinmeier, hat das Thema angeblicher Gefangenentransporte der CIA während seiner Gespräche in Washington am 29. November 2005 mit US-Außenministerin Condoleezza Rice erörtert. Am gleichen Tag hat der britische Außenminister Jack Straw im Namen der EU US-Außenministerin Condoleezza Rice um Aufklärung der in den Medien erhobenen Vorwürfe gebeten. US-Außenministerin Condoleezza Rice hat den Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Frank-Walter Steinmeier, zeitnahe und detaillierte Beantwortung der Anfrage des britischen Außenministers zugesagt. Sie hat dabei versichert, dass US-Aktivitäten im Ausland im Einklang mit US-Gesetzen und völkerrechtlichen Verpflichtungen der USA stehen.

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats hat den schweizer Abgeordneten Dick Marty beauftragt, die Behauptungen über die Existenz von CIA-Geheimgefängnissen in Osteuropa zu untersuchen. Der Generalsekretär des Europarats hat ein Auskunftersuchen nach Artikel 52 EMRK an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Die angeblichen Gefangenentransporte sind in zwei Einzelfällen Gegenstand staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen, in deren Rahmen die Bundesregierung Rechtshilfeersuchen weitergeleitet hat, in einem Fall auch an die USA.

Im Übrigen beantwortet die Bundesregierung Fragen zu nachrichtendienstlichen Zusammenhängen grundsätzlich nur in den dafür vorgesehenen Gremien des Deutschen Bundestages. Damit ist keine Aussage darüber getroffen, ob die der Frage zugrunde liegenden Annahmen oder Vermutungen zutreffend sind oder nicht.